

# Evangelische Verantwortung



## Christliches Bekenntnis und politisches Augenmaß –

Laudatio für Roman Herzog  
und Albrecht Martin

Thomas Rachel MdB  
EAK-Bundesvorsitzender *Seite 3*

Zur Frage des militärischen  
Einsatzes in Afghanistan

Pastor Jens Motschmann *Seite 6*

Was bleibt vom christlichen Erbe?

Christian Meißner  
EAK-Bundesgeschäftsführer *Seite 8*

- 12** *Ein klares Signal für den Sonn- und Feiertagsschutz*
- 14** *Evangelisches Leserforum*
- 19** *Erhalt von Babyklappen ist weiterhin sinnvoll*

# Liebe Leserin, lieber Leser,



*Gäbe es keinen EAK, wären damit der „Unionsgedanke“ und das „C“ selbst in Frage gestellt.*

in diesem Jahr wird die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) ihren 65. Geburtstag feiern. In der Stunde „Null“ – unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg – wurde, was noch kurz zuvor undenkbar gewesen wäre, zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ein **politisches Band zwischen Christinnen und Christen der beiden großen Konfessionen** geknüpft. Nach den Schrecken der nationalsozialistischen Barbarei stand den Müttern und Vätern der Union vor Augen, wohin eine gottlose Politik führen kann,

die sich selbst absolut setzt. Dieses völlig neue, **interkonfessionelle Bündnis** auf der Basis des **christlichen Menschenbildes** sowie der davon inspirierten Wertegrundlagen entsprang der längst überfällig gewordenen Einsicht, dass man sich in der politisch-gesellschaftlichen Verantwortung auf die „kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums“ (Berliner Gründungsauftrag) von nun an gemeinsam besinnen wollte. Durch die „Union“ wurde damit nicht zuletzt jeder Form einer sich in Konfessionen oder speziellen Interessensgruppen zersplitternden parteipolitischen Klientelbildung ein für alle Mal der Abschied erteilt.

Doch anders als bei den katholischen Mitgliedern, die parteipolitisch schon von Anfang an ganz selbstverständlich und auf der festen Basis naturrechtlicher und theologisch verbindlicher (lehramtlicher) Normen agierten, fehlte es für die Union von protestantischer Seite aus zunächst an Persönlichkeiten mit parlamentarischer Erfahrungskompetenz und der hinreichenden Bereitschaft persönlicher Verantwortungsübernahme. Hinzu kam ein gravierendes grundsätzlich theologisches Problem: Viele Stimmen des (sehr bald stark linkspolitisch orientierten) Nachkriegsprotestantismus, wie z.B. Karl Barth, Martin Niemöller oder Gustav Heinemann, sahen in den „C“-Parteien eine gefährliche, von Grund auf anti-evangelische Politikideologie und drohten mit dieser Sicht große Teile des evangelischen Kirchen- und Wählervolkes negativ zu beeinflussen. Berühmtigt waren aus diesen Reihen die zahlreichen Versuche, die CDU als (verkappten) Neuaufguss der alten katholischen „Zentrumspartei“ zu diffamieren, und Wahlaufträge wie die folgenden: „Keine evangelische Stimme der katholischen CDU!“ oder „C(durchgestrichen)-DU sollst den Namen Gottes nicht missbrauchen“ (s. Abbildung). Sowohl der Charakter des interkonfessionellen Bündnisses als auch der Anspruch, eine Volkspartei werden zu wollen, stand für die CDU damit auf dem Spiel.

Dies war die historische Stunde des **Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)**, der unter der Führung von Hermann Ehlers 1952 in Siegen gegründet wurde, und der noch in den 50er Jahren entscheidend dazu beitrug, dass durch die mit ihm **neu geschaffene Brücke zur protestantischen Wählerwelt** die entscheidenden Mehrheiten errungen wurden. Erst dadurch

konnte die Union überhaupt zu der bestimmenden politischen Kraft der Bundesrepublik Deutschland wachsen, die sie bis heute ist.

Hieraus wird auch die besondere Stellung des EAK ersichtlich: Er ist nicht nur einer unter vielen anderen wichtigen Teilen oder Flügeln der Union, sondern er gehört vielmehr in unmittelbarer Weise zu ihrem ureigensten politischen Selbstverständnis dazu. Gäbe es keinen EAK, dann wären nicht zuletzt das politische Projekt der interkonfessionellen Zusammenarbeit und damit der „Unionsgedanke“ und das „C“ selbst in Frage gestellt. Der EAK gehört gewissermaßen zum „genetischen Code“ der Unionsparteien. Deshalb konnte der EAK, dem jeder konfessionalistische Zug von Hause aus fremd ist, gerade in seiner dezidiert politischen Verbundenheit mit den katholischen Mehrheitsmitgliedern von CDU und CSU überhaupt erst zu dem unverzichtbaren und allseits anerkannten Grundsatzforum wachsen, das er bis heute darstellt.

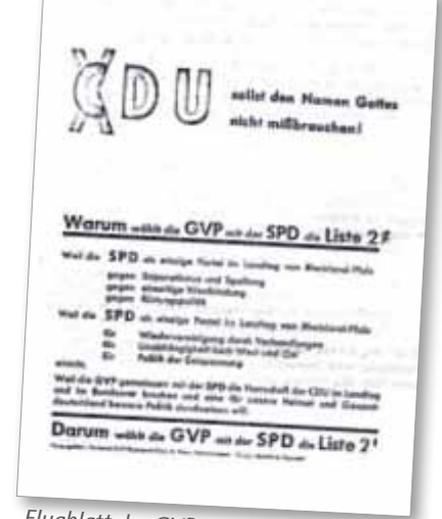
Kein anderer als der ehemalige EAK-Bundesvorsitzende **Albrecht Martin** hat es einmal treffend so auszudrücken gewusst: „Der EAK versteht sich nicht einfach als die Interessenvertretung der evangelischen Mitglieder der CDU/CSU, auch nicht einfach als die Vertretung der Unionsmitglieder innerhalb der evangelischen Kirchen. Vielmehr geht es ihm um das Gespräch mit den evangelischen Christen über ein im Grund theologisches Problem, um die Frage nämlich der Unterscheidung von Gewissensentscheidung und gewissenhafter Entscheidung.“

Auch wenn sich die konkreten Aufgaben und Herausforderungen für den EAK im Laufe der fast sechs Jahrzehnte immer wieder geändert haben (von der Diskussion um die Wiederbewaffnung und Westeinbindung über den NATO-Doppelbeschluss bis zur aktuellen Afghanistan-Diskussion), bleibt eine Herausforderung immer bestehen, nämlich von Seiten der Unionsparteien eine verlässliche Brücke zu den ethisch wie dogmatisch pluralen und dabei nicht selten unübersichtlich und bisweilen sogar diffus erscheinenden protestantischen Milieus und Kirchenbindungen zu schlagen. Diesen Auftrag erfüllt der EAK gerade auch wieder gegenwärtig mit großem Erfolg: Ein Gradmesser hierfür ist die Tatsache, dass das Verhältnis zwischen CDU und CSU auf der einen und den evangelischen Kirchen auf der anderen Seite in den letzten Jahren in einer Weise intensiviert werden konnte, wie es lange Zeit nicht mehr für möglich gehalten wurde.

Lassen Sie uns gemeinsam und mit vollem Engagement auch weiterhin auf diesem Wege fortschreiten.

Viele Grüße und Gottes Segen!  
Ihr

**Thomas Rachel MdB**  
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU



*Flugblatt der GVP zur rheinland-pfälzischen Landtagswahl am 15.5.1955*



# „Christliches Bekenntnis und politisches Augenmaß“

Laudatio für Roman Herzog und Albrecht Martin

| *Thomas Rachel MdB, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)*

**S**ehr geehrter Herr Bundespräsident, lieber Herr Prof. Dr. Herzog, sehr geehrter Herr Staatsminister a.D., lieber Herr Martin,

es ist mir nun die größte Ehre, gleich zwei meiner Amtsvorgänger, zwei Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) gleichzeitig begrüßen zu dürfen.

Gestatten Sie mir diese Vorbemerkung: Wenn es für die Form der Anrede zweier so hochangesehener politischer Persönlichkeiten noch so etwas wie eine weitere Steigerungsform in der deutschen Sprache gäbe, würde ich sie an dieser Stelle gerne verwenden. – Aber: Der

Superlativ ist nun einmal die einzig mögliche Form des auch nur einigermaßen würdigenden Ausdruckes!

Ich weiß, ich spreche hier für alle Anwesenden: Es ist mir eine ganz besondere Freude, dass wir diese intensiven Stunden mit Ihnen, sehr verehrter Herr Prof. Herzog und Ihnen, sehr verehrter Herr Martin, verbringen dürfen. Und darum darf ich Ihnen auch im Namen des gesamten Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU für dieses wunderbare und kostbare Geschenk noch einmal von ganzem Herzen danken! (...)

Es bleibt mir in diesen wenigen Minuten nur so etwas wie die „Kunst des

eigentlich Unmöglichen“: Nämlich im Weniger an Redezeit gleichzeitig ein Mehr an Würdigung ausdrücken zu wollen.

Denn, meine Damen und Herren: Wie will man denn in wenigen Worten auch nur annähernd würdigen können, was Sie, sehr verehrter Herr Bundespräsident und Sie, sehr geehrter Herr Martin neben Ihren unzähligen politischen Ämtern und Funktionen nicht zuletzt auch als Bundesvorsitzende für den Evangelischen Arbeitskreis an Einzigartigem und Herausragendem geleistet haben?

„Christliches Bekenntnis und politisches Augenmaß“ – das ist der Titel dieser kleinen Laudatio. (...) Dieser Titel ist

für unsere beiden hier anwesenden Altbundesvorsitzenden des EAK wirklich trefflich gewählt: Denn in diesen beiden Begriffen, „Christliches Bekenntnis“ und „politisches Augenmaß“, versammeln sich die herausragenden politischen, intellektuellen und vor allem auch persönlichen Eigenschaften von Roman Herzog und Albrecht Martin.

Das wird jedem sofort klar sein: Beide Begriffe sind nicht als Gegensätze oder Pole zu begreifen, sondern sie gehören untrennbar zusammen. Wer sein christliches Bekenntnis wirklich ernst nimmt, der wird immer versuchen, gerade auch in Politik oder Gesellschaft Augenmaß und Differenzierungsvermögen walten zu lassen. Alles andere widerspricht auch dem Verständnis von „evangelischer Verantwortung“, das jedenfalls seit Hermann Ehlers Zeiten durch den Evangelischen Arbeitskreis zu befördern versucht wird:

Moralische Absolutheitsansprüche oder bedenkliche Emotionalisierungen komplexer politischer Sachverhalte haben nach evangelischem Verständnis in verantwortlicher Politik nichts zu suchen! Wir alle hier im Raum wissen natürlich, dass das zwar theoretisch immer richtig ist, aber praktisch, in dieser Weltzeit, oft nicht in hinreichender Weise verwirklicht wird. Und gerade deshalb betone ich es an dieser Stelle umso mehr: Es ist ein hervorsteckender Wesenszug von Ihnen beiden, lieber Roman Herzog und lieber Albrecht Martin, dass Sie uns als evangelische Christen in der politischen Verantwortung diese Verbindung von „Bekenntnis“ und „Augenmaß“ immer wieder nahegebracht haben.

Ich weiß, dass Sie beide als bescheidene und bodenständig gebliebene Christenmenschen keine Freunde von allzu großen Lobeshymnen sind. Denn Sie beide sind in Ihrem politischen Wirken und Schaffen stets in vorbildlicher Weise an den Themen und Sachverhalten selbst interessiert gewesen. Das ist wohlwendend, weil es ja auch heute noch bisweilen solche gibt, die meinen, dass Politik vor allem mit der 1. Person Singular beginnt, statt in gemeinschaftlicher Perspektive.

Aber gerade deshalb füge ich hier hinzu: Sie beide sind uns nicht nur in Worten und Reden, sondern vor allem durch überzeugende Taten und durch die Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit Ihres Persönlichkeitszeugnisses zu wirklichen Vorbildern geworden! Nicht im lauten politischen Geschrei, sondern im

geduldrigen Argumentieren und im differenzierten Dialog liegt die Ausstrahlungskraft des EAK und wenn man so will: das Geheimnis seines nun schon fast 60-jährigen Erfolges. Das haben Sie beide immer erkannt. Darum haben Sie sich immer wieder bemüht. Und in diesem Geiste waren Sie Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises.

Dafür sage ich Ihnen noch einmal im Namen des heutigen Evangelischen Arbeitskreises ganz herzlichen Dank! „Wahrheit“ – ob im Persönlichen, in der Gesellschaft, in der Kirche oder in der Politik, ist niemals ein einsilbiges Wort. Gerade auch derjenige, der sich der Wahrheit verschreibt, die höher ist als unsere menschliche Vernunft, wird in seinem Denken und Sprechen niemals einsilbig werden dürfen. Wahrheit ist niemals ein Monolog, schon gar kein Selbstgespräch, sondern Wahrheit ist nach evangelischem Verständnis immer auch ein Dialog. Ein Dialog mit Gott selbst, bisweilen mit dem eigenen Gewissen und nicht zuletzt auch immer mit unseren Nächsten.

**A**ls Christinnen und Christen glauben wir an die Wahrheit Christi, die uns frei macht (vgl. Joh. 8,32). Das ist das erste, was es zu sagen gilt, wenn es um die „christlichen Quellen freier Systemen“ geht. Der Glaube gibt uns somit für unser aller Tagwerk Kraft, Hoffnung und Zuversicht, aber auch Richtung und Orientierung.

Für unsere politische Verantwortung wissen wir dabei: Es kann keine 1:1 Umsetzung von Glaubenswahrheiten der Bibel in die Tagespolitik geben. Wir haben durch unseren Glauben zwar einen festen Marschkompass – um das schöne, alte Bild von Helmut Thielicke einmal wieder zu bemühen:

Aber den Marsch durch das mitunter unwegsames „Gelände“ müssen wir uns schon selbst bahnen. Und hier gibt es nicht nur einen einzigen, sondern vielerlei mögliche Wege. Und ob all die Wege, die wir uns vielleicht wählen, dann auch tatsächlich zum gewünschten Ziel führen, können wir nicht von vornherein wissen. Das gehört zum Schicksal von uns Menschen, die wir im „Vorletzten“ (Bonhoeffer) Verantwortung wahrzunehmen haben. Manche noch so intelligent gewählte Abkürzung entpuppt sich womöglich als Sackgasse. Manch sicherer Pfad wird zur schlüpfrigen

*Nicht im lauten politischen Geschrei, sondern im geduldrigen Argumentieren und im differenzierten Dialog liegt die Ausstrahlungskraft des EAK.*



Gefahr. Aber auch andersherum: Was am Anfang vielleicht als einsamer, abseitiger Irrweg erscheinen mag, offenbart sich am Ende als Königsweg, auf dem dann alle sorglos spazieren können, als hätten sie es schon immer so gewusst.

Das alles, meine Damen und Herren, gehört zum Wagnis einer Politik aus evangelischer Verantwortung.

### Roman Herzog

Lieber Prof. Herzog, Sie waren von 1978 bis 1984 EAK-Bundesvorsitzender. Das war eine schwierige Zeit. Ich nenne nur die beiden Stichworte: „NATO-Doppelbeschluss“ und „Friedensbewegung“.

Für nicht wenige Unionspolitiker Ihrer Generation gehören die beiden Kirchentage in Hamburg (1981) und Hannover (1983) zu den bleibenden (auch geistlichen) Anfechtungserfahrungen. Es dürften dies Erfahrungen sein, die auch mit dem Abstand der mittlerweile vergangenen Zeit wohl nicht vergnügnungssteuerpflichtig sind.

Sie, lieber Roman Herzog, haben den EAK dennoch erfolgreich durch diese schwierigen Zeiten geführt: wenn nötig,



EAK-Bundesvorsitzenden, nämlich von Albrecht Martin.

Lieber Herr Martin, ich darf hier zunächst ein Wort des Dankes an Sie ganz persönlich richten: Seitdem ich 2003 selbst EAK-Bundesvorsitzender geworden bin, waren Sie mir und dem EAK-Bundesvorstand, dem Sie bis heute dankenswerter Weise als kooptiertes Ehrenmitglied angehören, stets und immer ein verlässlicher und unverzichtbarer Ratgeber. Ja, der Ihnen eigentümliche, tiefe theologische Fundus, Ihr intellektuell-politischer Scharfsinn und Ihre gleichzeitig überzeugende, unaufgeregte und gewinnende Art waren für mich immer wieder beispielhaft und faszinierend.

Und ich sage es einmal so herum: Als überzeugter Unionspolitiker haben Sie über viele Jahre (1991-1997) hinweg in unserer Rheinischen Landeskirche in kirchenleitender Funktion Ansehen und Respekt gewonnen. Das sagt schon sehr viel über Ihre charakterliche Größe und das Ihnen innewohnende Charisma aus.

Sie haben unmittelbar die Arbeit von Roman Herzog, mit dem Sie ja auch davor bereits schon im Bundesvorstand eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet haben, umsichtig und weise fortgeführt. Sie haben den Gedanken des Evangelischen Arbeitskreises bis ins Jahr der Wiedervereinigung, 1990, erfolgreich weiter getragen.

Wir können es uns dieser Tage gemeinsam nur immer wieder in Erinnerung rufen, welch großes Glück, ja welch ein Wunder wir vor 20 Jahren mit dem Fall der Berliner Mauer und dann ein Jahr später mit der Wiedervereinigung unseres deutschen Vaterlandes erleben durften. Und ich weiß, dass das für Sie, lieber Herr Martin, und auch für den gesamten damaligen EAK-Bundesvorstand nicht nur eine äußerst interessante und spannende politische Zeit gewesen ist, sondern vor allem auch die Erfüllung eines tiefen, inneren Herzenswunsches.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich schließe mit einem der vielen bemerkenswerten Sätze aus dem Munde dessen, dem dieses Symposium gewidmet ist:

Anlässlich des ersten Bonner Theologischen Gespräches (1985) haben Sie lieber Herr Martin davon gesprochen, dass sich der Evangelische Arbeitskreis immer um eine „Haltung des Dialogs“ bemühe.

## Spendenstand

Bis zum 31. Dezember 2009 haben insgesamt 361 Spender 19.299,19 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:  
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,  
Konto-Nr. 266 098 300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: [www.eak-cdcsu.de](http://www.eak-cdcsu.de)

Und Sie meinten damit eine Dialoghaltung, „die immer neu bereit ist, die eigene Ansicht angesichts des Arguments der anderen Position zu überprüfen.“

Und Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, lieber Herr Prof. Herzog, haben uns anlässlich des 50. EAK-Jubiläums in Siegen (2002), noch einmal gewissermaßen ins Stammbuch geschrieben, dass es auch weiterhin Aufgabe des Evangelischen Arbeitskreises sei, den Prozess des Aufarbeitens von neuen Diskussionen und Themen gründlich und vertiefend aufzugreifen und somit eine notwendige Ergänzung zu den oftmals nur oberflächlichen Diskussionen zu leisten.

Lieber Roman Herzog, lieber Albrecht Martin, seien Sie versichert, dass wir uns genau darum auch weiterhin bemühen werden. Denn christliches Bekenntnis und politisches Augenmaß gehören untrennbar zusammen.

Ich danke Ihnen beiden für all das, was Sie für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU getan haben und wünsche Ihnen an dieser Stelle auch persönlich alles Gute und Gottes reichen Segen.

Vielen Dank!

*Gehalten auf dem Abendempfang Rahmen des „Albrecht-Martin-Symposiums“ des EAK-Rheinland-Pfalz am 11. Dezember 2009 in Bad Kreuznach.*



**Thomas Rachel MdB**

ist Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

so kennt man das von Ihnen, auch einmal mit einer klaren Ansage in die Reihen der eigenen evangelischen Kirche hinein. Im Bundestagswahlkampf 1980 haben Sie sich beispielsweise in überzeugender Weise dagegen gewehrt, dass „dem politischen Gegner mit scheintheologischer Begründung die Gemeinsamkeit aufgekündigt und die Glaubwürdigkeit abgesprochen wird.“

Damals waren Sie zugleich Vorsitzender der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung (1971-1980) und ordentliches Mitglied der Synode der EKD (1973-1991). So waren Sie mit ganzem Herzen ein Mann Ihrer evangelischen Kirche und zugleich in der Politik verantwortlich.

Es ist gewissermaßen diese „Doppelberufung“, nämlich das feste Zuhause sein sowohl in der eigenen Kirche als auch in der Politik, die die Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises seit Hermann Ehlers so unverzichtbar macht. Und dieses Erbe von Hermann Ehlers haben Sie nicht nur getreulich bewahrt, sondern Sie haben es gleichzeitig auch – gut biblisch – zu vermehren gewusst.

### Albrecht Martin

Diese eigentümliche Doppelberufung ist natürlich auch ein Kennzeichen Ihres Nachfolgers im Amte des

# Zur Frage des *militärischen* Einsatzes in Afghanistan

| Pastor Jens Motschmann

Zu den Reizthemen in unserer Gesellschaft und besonders auch in der Kirche gehört die Frage nach dem militärischen Einsatz in Afghanistan. Die Mehrheit der Deutschen wünscht nach jüngsten Umfragen einen möglichst raschen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Ganz anders dagegen sieht die öffentliche Meinung in Afghanistan aus. Eine repräsentative Meinungsumfrage der ARD in Afghanistan hat Anfang Januar ergeben, dass 70 Prozent der Afghanen ihr Land auf dem richtigen Weg sehen und hoffen auf die weitere wirtschaftliche, aber auch militärische Unterstützung der Vereinten Nationen.

Die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischöfin Dr. Margot Käßmann, hat durch ihre Neujahrspredigt in der Dresdner Frauenkirche, die im Zweiten Deutschen Fernsehen übertragen wurde, der Afghanistan-Diskussion zusätzlichen Zündstoff gegeben.

Es war eine durchaus bewegende, zu mehr Gottvertrauen ermutigende Predigt, die sicherlich viele Menschen positiv angesprochen hat. Allerdings gab es eine Passage in dieser Predigt, an der sich auch heftige Kritik entzündete. Ein Auszug daraus: „Nichts ist gut in Afghanistan. All diese Strategien, sie haben uns lange darüber hinweggetäuscht, dass Soldaten nun einmal Waffen benutzen und eben auch Zivilisten getötet werden. Wir brauchen Menschen, die nicht erschrecken vor der Logik des Krieges, sondern ein klares Friedenszeugnis in der Welt abgeben, gegen Gewalt und Krieg aufbegehren und sagen: Die Hoffnung auf Gottes Zukunft gibt mir schon hier und jetzt den Mut von Alternativen zu reden und mich dafür einzusetzen.“

Einmal abgesehen von den Überlegungen, wie der militärische Einsatz in Afghanistan im einzelnen zu beurteilen ist, der immerhin von der großen Mehrheit der Volksvertreter im Bundestag unterstützt wird, stellt sich hier wieder

einmal die grundsätzliche Frage: Wie stehen Christen zur Anwendung militärischer Gewalt?

Die Botschaft des Evangeliums ist ganz eindeutig auf die Verkündigung des Friedens ausgerichtet. Einer der Kernsätze der Weihnachtbotschaft lautet: „Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden auf Erden bei den Menschen seines Wohlgefallens.“ Es ist nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Kirche, diesen Frieden zu verkünden. Aber gerade dieser Satz aus dem Weihnachtsevangelium macht auch deutlich, dass dauerhafter Friede – im privaten Leben wie in der großen Politik – nur dort möglich ist, wo Gott die Ehre gegeben wird. Dafür setzen sich Christen ein – allen Rückschlägen zum Trotz!

Religiöse und politische Fanatiker wie die Taliban in Afghanistan geben aber Gott nicht die Ehre – auch nicht ihrem Gott, den sie Allah nennen –, wenn sie Hass predigen, Menschen terrorisieren, Mädchen nicht zur Schule gehen lassen, Frauen die Ausübung eines Berufes verwehren, sogenannten Gotteskrieger und Selbstmordattentäter rekrutieren, deren Sprengsätze auch Zivilisten, Frauen und Kinder mit in den Tod reißen.

Nicht nur Christen, sondern alle, die Ehrfurcht vor dem Leben haben, können doch das unendliche Leid dieser Menschen nicht einfach ausblenden!

Darum ist beides vonnöten: „Friedensdienst mit und ohne Waffen“. Diese Formel der EKD, die nach langem Ringen gefunden wurde, sollte von keiner Seite in Frage gestellt werden. Sie ist kein Widerspruch in sich, sondern hält das vermeintlich Widersprüchliche zusammen. Denn beides braucht unsere Welt.

„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“ Das ist der allgemein anerkannte Grundsatz evangelischer Friedensethik innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland, aber auch in der weltweiten

Ökumene. Jeder Einsatz militärischer Gewalt dürfe, so die EKD, „nur im äußersten Notfall erwogen werden“. Bischöfin Käßmann und andere haben darum recht, wenn sie darauf drängen, dass auch „ganz andere Formen, Konflikte zu bewältigen“ gesucht werden müssen, dass mehr Entwicklungshelfer, Ärzte, Lehrkräfte und Ingenieure in die Krisengebiete der Welt geschickt werden.



Die Kirche hat aber auch nach ihren eigenen Grundsätzen denen zur Seite zu stehen, die „im äußersten Notfall“ Menschen und ganzen Völkern zu Hilfe kommen, um sie vor Terror und brutaler Gewalt zu schützen, wenn es sein muss, auch mit militärischer und polizeilicher Gewalt.

Friedensdienste mit und ohne Waffen können sich ergänzen. Im Grunde geschieht genau das zur Zeit in Afghanistan. Wer die dortigen Friedensdienste freiwilliger Aufbauhelfer, die den Taliban ein Dorn im Auge sind, bejaht, sollte auch ihren polizeilichen und militärischen Schutz vor terroristischen Anschlägen bejahen. Wer sollte denn sonst der dortigen Bevölkerung wenigstens ein Mindestmaß an Geborgenheit und Sicherheit ermöglichen? Wer sollte denn den ungestörten Auf- und Ausbau von Schulen und Krankenhäusern, von landwirtschaftlichen Projekten, die Ausbildung von einheimischer Polizei, von Ingenieuren und Verwaltungsfachkräften ermöglichen, wenn nicht die militärische Präsenz unter dem Mandat und den sorgfältigen Richtlinien der Vereinten Nationen?

Der amerikanische Präsident Obama hat am 10. Dezember 2009 bei der Entgegennahme des Friedensnobelpreises in Oslo die nachdenklichen Worte gesprochen: „Wir müssen die harte Wahrheit anerkennen, dass wir während unseres Lebens gewaltsame Konflikte nicht ausmerzen werden. Es wird Zeiten geben, in denen Nationen – allein oder gemeinsam – den Einsatz ihres Militärs nicht nur für nötig halten, sondern auch für moralisch gerechtfertigt.“

Einer der führenden Theologen der Bekennenden Kirche im Dritten Reich, Karl Barth, schrieb 1938: „Die Kirche kann das Gebot Gottes mit keinem Prinzip, mit keinem -ismus identifizieren, mit dem Pazifismus so wenig wie mit dem Militarismus. Die Kirche kann und muß wohl den Frieden verkünden; sie muß aber in jeder neuen Situation neu offen dafür sein, aus Gottes Wort zu hören, was jeweils unter Frieden zu verstehen ist. Sie kann sich also nicht darauf festlegen, dass dieser Friede durchaus und unter allen Umständen darin bestehen müsse, dass nicht geschossen wird.“

Die Sehnsucht nach Frieden ist groß, aber leider auch die Bereitschaft zur Gewalt, zu Neid und Hass und Lüge, woraus immer wieder Konflikte entstehen. Die Bibel sagt ganz realistisch, ob es gern gehört wird oder nicht: „Das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf“ (1. Mose

8,21). Darum brauchen wir – biblisch gesprochen – Gesetz und Evangelium. Das Gesetz zeigt uns, wer wir sind, das Evangelium, wie wir nach Gottes Willen sein können.

Um dem Gesetz und den allgemeinen Menschenrechten Geltung zu verschaffen, können auch Christen nicht auf Polizei und Militär verzichten. Kein Wort der Bibel verurteilt die Ausübung staatlicher Gewalt, wenn sie dem, was nach Gottes Wort unrecht ist, wehrt (Römer 13).

Lediglich der Weg der Jünger Jesu und damit der Weg der Kirche soll weder mit Gewalt gebahnt oder verteidigt werden. Das hat Jesus mit seinem Leben und Leiden eindrücklich gezeigt. Das entspricht auch der Überzeugung der Reformatoren, insbesondere Martin Luthers, dass Christen in eigener Sache non vi, sed verbo (nicht durch Gewalt, sondern durch das Wort) wirken. Es gehört zu den traurigen Kapiteln der Geschichte, dass die Kirche in der Vergangenheit oft genug gegen diesen Grundsatz verstoßen hat.

*Um dem Gesetz und den allgemeinen Menschenrechten Geltung zu verschaffen, können auch Christen nicht auf Polizei und Militär verzichten.*

Jesus, Johannes der Täufer und die Apostel haben an keiner Stelle, an denen sie Soldaten begegnet sind, deren Dienst kritisiert oder abgelehnt.

Unsere Soldatinnen und Soldaten sind im Ernstfall bereit, mit ihrem Leben für den Schutz anderer und die Wahrung der Menschenwürde einzustehen. Sie hätten es verdient, dass ihnen dafür ihre Kirche schlicht und einfach dankt, so wie sie auch

dem aufopferungsvollen Dienst der Entwicklungshelfer in den Krisengebieten der Welt Dank und Anerkennung schuldet. Zu solchem Dank ist es nie zu spät. Bischofin Käßmann wird sicherlich diesen Dank abstaten, wenn sie demnächst auf Einladung des Bundesverteidigungsministers nach Afghanistan fahren und dort vor den deutschen Soldatinnen und Soldaten sprechen wird.



Jens Motschmann  
ist Pastor der Bremischen  
Evangelischen Kirche.

## Pressemitteilung vom 25.1.2010

### EKD mahnt zu Recht zur Friedensverantwortung

*Anlässlich des heute veröffentlichten evangelischen Wortes zu „Krieg und Frieden in Afghanistan“ der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Parlamentarische Staatssekretär und Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel:*

„Das aktuelle Wort der evangelischen Kirche ist ausdrücklich zu begrüßen. Mit vollem Recht mahnt die EKD neue und intensiviertere Friedensbemühungen in Afghanistan an. Die Lage in Afghanistan ist derzeit weder politisch noch aus friedensethischer Perspektive zufriedenstellend. Es ist daher von besonderer Bedeutung, dass die EKD die aktuellen Probleme im Lande klar und deutlich benennt und gleichzeitig die wichtigen bisherigen Aufbauarbeiten anerkennt. Die EKD betont zu Recht, dass erste Erfolge beim Aufbau zu verzeichnen sind und „ohne die ISAF-Schutztruppen vieles davon nicht möglich“ gewesen wäre.

Uns eint das verantwortliche Engagement im Geiste eines „gerechten Friedens“ mit der klaren Orientierung an dem Aufbau und der Förderung der zivilen Friedenskräfte und der nachhaltigen Friedenssicherung.

Es ist nachvollziehbar, dass die evangelische Kirche die nach wie vor offene Diskussion um die Kriterien einer Ethik rechtserhaltender Gewalt weder im Sinne einer pauschalen Billigung noch einer pauschalen Ablehnung des gegenwärtigen Afghanistan-Einsatzes einfach für beendet erklärt. Die Anmerkungen über die Aufeinanderbezogenheit des zivilen und militärischen Handelns sind differenziert und hilfreich. Hierzu gehört auch das Bekenntnis zu der von Seiten der Kirche geübten seelsorgerlichen Solidarität mit den betroffenen Soldatinnen und Soldaten. Der Vorschlag, der Bundestag möge ein zusätzliches Mandat für den Einsatz ziviler Kräfte beschließen, ist sehr bedenkenswert.“



# Was bleibt vom christlichen Erbe in Deutschland?

Eine politisch-theologische Betrachtung

| Christian Meißner, Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)

Gemeinhin gehöre ich nicht zu denen, die in den üblichen Schwanengesang der notorischen Beschwörer des Untergangs des sogenannten „christlichen Abendlandes“ einzustimmen pflegen. Auf der anderen Seite gehöre ich aber auch nicht zu denen, die die einschlägigen Statistiken, Meinungsumfragen, Trends, demographischen Prognosen oder religionssoziologischen Studien bezüglich des nicht zu leugnenden Rückganges der „kirchlich verfassten Religion des Christentums“<sup>1</sup> in Deutschland einfach ignorieren würden. Und um es gleich vorneweg zu sagen: Es gibt aus meiner Sicht in der Tat jede Menge problematischer und sehr ernst zu nehmender Entwicklungen und Tendenzen in der deutschen Politik und Gesellschaft, die

*Für Christen muss es Ziel und Aufgabe sein, den krisenhaften Erscheinungen mit Engagement und Tatkraft entgegenzuwirken.*

unsere christlichen Herzen zwar durchaus sehr beschweren, aber keineswegs entmutigen müssen.

Am Ende komme ich als politisch engagierter Christ trotzdem immer wieder zu dem Ergebnis, dass die Ambivalenzen, mit denen wir gerade auch im heutigen Deutschland, aber auch in Europa und der gesamten „westlichen Welt“ konfrontiert sind, sich im Wesentlichen nicht wirklich von den bisweilen viel größeren und schwerwiegenderen Herausforderungen und Anfechtungen unserer Glaubensväter und -mütter früherer Zeiten unterscheiden.

Wer wären wir schließlich, wenn wir als „Botschafter an Christi Statt“ (vgl. 2. Kor. 5,20) angesichts der vielfältigen

Beschwernisse dieser Weltzeit mit dem Apostel Paulus nicht auch heute noch freimütig in Politik, Kultur und Gesellschaft bekennen könnten: „Denn ich bin gewiss, dass weder Tod noch Leben, weder Engel noch Mächte noch Gewalten, weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges, weder Hohes noch Tiefes noch eine andere Kreatur uns scheiden kann von der Liebe Gottes, die in Christus Jesus ist, unserm Herrn.“ (Röm. 8,38+39)

Vielleicht müssen wir insbesondere in den allzu oft auf den Wohlstandsgedanken fixierten westlichen Zivilisationen gerade auch als lebendige Glieder unserer Kirche zuallererst wieder lernen: Als Christenmenschen haben wir nicht in erster Linie zu jammern, sondern zu bekennen und unseren Dienst für diese Welt getreu und evangeliumsgemäß zu verrichten. Welche Hoffahrt oder welche

Naivität wäre es, anzunehmen, die grundlegende Situation des Christen in dieser Welt wäre in irgendeiner Epoche – sei es in der Alten Kirche, in der mittelalterlichen *Res publica Christiana* oder noch zu Zeiten der Existenz des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation – irgendwann einmal anders gewesen? Lesen und studieren wir einfach mal wieder Tertullian, Philipp Jakob Spener, Gottfried Arnold oder Schleiermacher und wir verstehen wieder neu, warum viele Probleme auch im modernen Gewande im Grunde genommen doch schon recht alt sind.

**N**ot tut darüber hinaus aber auch, die unterschiedlichsten Phänomene der Geschichte des Christentums in einer differenzierten Weise würdigen und einordnen zu können. Im Vergleich zu den frühchristlichen Apologeten, die gegen die Christenverfolgungen und Pogrome im Römischen Reich anscrieben, haben wir im Deutschland des 21. Jahrhunderts beispielsweise geradezu paradiesische, staatskirchenrechtliche Zustände. Kein vernünftiger Christenmensch, der noch alle seine Sinne beisammen hat, sehnt sich etwa – auch bei größter Kritik an den negativen Folgen der Säkularisierungsprozesse der Neuzeit – in vorreformatorische oder voraufklärerische Gefilde zurück. Auch die größten Romantiker, die von den vermeintlich guten, alten Zeiten des „christlichen Abendlandes“ schwärmen, würden die modernern von Demokratie und Freiheit geprägten Verfassungsstaaten mit den Verhältnissen des vorneuzeitlichen und ständegebundenen Obrigkeitsstaates mitsamt seiner oft mehr als problematischen Allianzen von „Thron und Altar“ auch nur im Ansatz eintauschen wollen.

**E**s lohnt sich deshalb auch an die Worte Helmut Thielickes, des bekannten Hamburger Lutherans zu erinnern, die er in Bezug auf den problematischen Begriff „Christentum“ gefunden hat:

„Das Wort ‚Christentum‘ ist ein unglücklicher Begriff: Es meint nämlich nicht so sehr das Evangelium selbst, sondern es meint den großen Komplex all jener geschichtlichen Erscheinungen, die ‚irgendwie‘ in Zusammenhang, und zwar manchmal in einem sehr losen Zusammenhang, mit dem Evangelium in Erscheinung getreten sind. (...) In ihm ist schlechterdings alles vereinigt: Von den Orthodoxen bis zu den liberalen Kulturprotestanten, von der römischen Kirche bis zu den Ernstern Bibelforschern, von der Tiara des Papstes bis zu

den höchsten Ketzerhüten, von der ‚Bekennenden Kirche‘ im Ghetto bis zum Metropoliten von Moskau.“<sup>2</sup>

Theologisch gilt es also schon bei unserer heutigen Fragestellung sehr viel Vorsicht und Differenzierungsvermögen walten zu lassen. Dabei muss uns natürlich auch klar sein: Wir fragen eigentlich nicht bloß nach dem allgemeinen irgendwie als „christlich“ Apostrophierbaren, sondern wir fragen nach dem, was unserem heutigen Verständnis des Evangeliums entspricht oder womöglich auch widerspricht. Im Grunde geht es hier letztlich um eine dogmatisch-theologische Beurteilung im Kontext von Gesellschaft, Kultur und Politik.

Insbesondere für die Beurteilung des politischen Bereiches gilt es nun, sich gut reformatorisch in Erinnerung zu rufen, dass „Dogmatik und Ethik“ sowie „Gesetz und Evangelium“ in hinreichender Weise zu differenzieren sind. Die Bibel ist bekanntermaßen kein politisches Programm. Sie ist darum auch nicht ein etwa für ethische Spezialfragen von heute direkt abrufbares, sozusagen „verfügbares Normeninventar“<sup>3</sup>. Ich kann als Christ in Politik und Gesellschaft die biblische Weisung „nicht in Form einer abstrakten Konfrontation zwischen der Bibel und mir finden (...). Die Gebote Gottes üben dabei eher so etwas wie die Funktion einer Magnetafel aus: Sie zeigen die Richtung an, auch wenn wir nun in dem reich differenzierten Gelände unseres Lebens und unserer geschichtlichen Situation – und also unter Berücksichtigung aller konkreten Gegebenheiten – einen Weg zu suchen haben, der in die gewiesene Richtung führt.“<sup>4</sup>

### Herausforderung Pluralismus

Eine große Herausforderung, nicht nur in Deutschland, sondern überall in der westlichen Welt, ist das Phänomen des Pluralismus und des sogenannten „Multikulturalismus“. Ersterer versucht in seiner religionskritischen und oft leider auch zunehmend gesellschaftspolitischen Variante in einer für den christlichen Glauben letztlich nicht akzeptablen Weise die Wahrheitsfrage zu relativieren. Letzterer tritt, insbesondere in seiner mitteleuropäischen Variante, gerne und häufig auch mit einer dezidiert antikirchlichen bzw. christentumsfeindlichen Stoßrichtung in Erscheinung. In beiden Phänomenen drückt sich somit immer auch der

ideologische Versuch aus, die unleugbare Prägekräft des Christentums (durchaus mit all seinen Ambivalenzen und Widersprüchen) und der aus ihm stammenden Werte für die europäische und westliche Kultur zu leugnen, zu vergleichgültigen oder in Frage zu stellen.

**W**ir alle kennen die zum Teil beunruhigenden gesellschaftlichen Folgen solcher Ideologie: Eine Stewardess bei British Airways darf kein Kette mehr mit einem Kreuz am Hals tragen, weil das angeblich die religiösen Gefühle Andersgläubiger verletzen könnte. Christbäume und Weihnachtsschmuck werden aus Schulen, Kindergärten und öffentlichen Räumen entfernt und statt „Merry Christmas“ wünscht man sich nur noch political correct „Happy holidays“. In Hamburg wurde jüngst einer jungen Muslima vor einem deutschen Gericht erstinstanzlich Recht gegeben, die unter Berufung auf das sog. „Antidiskriminierungsgesetz“ eine kirchlich-diakonische Einrichtung auf Schadensersatz wegen Verweigerung der Anstellung verklagt hatte.

Dass all dies, insbesondere für uns als politisch engagierte Christinnen und Christen, eine große Herausforderung darstellt, wird jedem sofort einleuchten: Wenn nämlich nicht mehr klar ist, dass der Gott Mohammeds eben nicht der Vater Jesu Christi ist, wenn eine pränatal diagnostizierte Behinderung im Mutterleibe mehr und mehr zu einem automatischen Todesurteil für das werdende Leben wird oder wenn der konfessionelle Religionsunterricht an Berliner Schulen durch einen kulturkämpferisch agierenden Senat durch ein staatlich normierten Ethikunterricht ersetzt werden soll, dann sind dies sicherlich deutliche Alarmsignale.

Angesichts solcher Beispiele kann aber andererseits auch immer wieder aufs Neue klar werden: Die Fundamente unseres Glaubens sind keine beliebig verfügbare Dispositionsmasse. Dort wo theologische Irrungen und Wirrungen herrschen, muss man klare Grenzen ziehen können. Vieles erfordert den aktiven politischen, geistlichen und zivilgesellschaftlichen Widerstand. Die Probleme sollten weder beschönigt werden noch unter den Tisch gekehrt werden.

Was man meiner Ansicht nach aber auch nicht tun sollte, ist, dem vielleicht typisch deutschen Hang nach zu geben, meistens griesgrämig und schwermütig den Zustand der Weltzeit zu beklagen.

Andere Nationen auf der Welt hätten gern einmal unsere deutschen Probleme, übrigens nicht nur unter politisch-gesellschaftlichen, sondern auch unter dezidiert kirchenpolitischen Gesichtspunkten.

Die Klage über den Rückgang der Gottesdienstbesucher ist so alt wie die Kirchengeschichte selbst. Die Kritik gegenüber einer verweltlichten, verlogenen und verrotteten Priesterschaft und einem gottlosen Volk ist nicht erst eine Frucht der Reformation, sondern schon bei den Propheten des Alten Testaments nachzulesen. Der pauschale Abgesang schließlich auf unsere „christlich-abendländischen“ Werte und den Niedergang der kirchlichen Sitten, Gebräuche und Traditionen währt mittlerweile schon so viele Jahrhunderte, dass man sich ja wundern muss, dass es überhaupt noch Christinnen und Christen gibt.

**A**ber, und das ist die entscheidende Frohbotschaft an uns alle: Es gibt uns eben doch, uns Christen, und zwar in Deutschland, Europa, den USA und auf der ganzen Welt! Und allein die äußere, zahlenmäßige Größe der Anhänger des christlichen Glaubens (man sage nicht, das sei kein Argument!) gibt derzeit weltweit keinesfalls Anlass zu der Befürchtung, dass das Christentum als solches (in all seiner wohlverstandenen wie auch problematischen Vielfalt) vom Aussterben bedroht ist. Ganz im Gegenteil. Gerade im evangelikalen und pietistischen Bereich verzeichnen wir heutzutage ein unglaubliches Wachstum an Gemeinden. Es kommt durchaus wieder verstärkt zu Rückbesinnungen und geistlichen Neuaufbrüchen. Auch hier gilt: „*Wer Augen hat zu sehen, der sehe...*“

Und mit dem letzten Gedanken sind wir bereits mitten im Zentrum unseres Themas angelangt. Es lohnt sich einmal, sich ein paar aktuelle Daten und Zahlen zur Religiosität in Deutschland und zur Situation der Kirchen zu vergegenwärtigen, um sich klar zu machen, dass das „Glas“ noch mindestens „halb voll“ ist, und wir uns somit noch lange keine Sorgen zu machen brauchen, dass es noch genug für alle „zu Trinken“ gibt.

### Zur religiösen Lage in Deutschland

Wir können derzeit beobachten, dass das „Projekt der Moderne“, das das Phänomen der Religion im Zeichen des sich selbst aufklärenden Vernunftoptimismus bereits verabschieden wollte, selbst in eine schwere Krise geraten ist. Jürgen Habermas spricht in seiner Paulskirchenrede

vom Oktober 2001, wohlgermerkt als „religiös unmusikalischer“ Philosoph, davon, dass er von der Sorge umgetrieben sei, dass sich die modernen Gesellschaften des aufgeklärten Westens „von wichtigen Ressourcen der Sinnstiftung abschneiden“ könnten, wenn es ihnen nicht gelingt, „einen Sinn für die Artikulationskraft religiöser Sprachen zu bewahren“.

Der Tod von Papst Johannes Paul II., der Weltjugendtag in Köln, aber auch viele ökumenische Gottesdienste im Berliner Dom, die etwa aus Anlass von schweren Katastrophen zur öffentlichen Trauerbewältigung und –artikulation begangen werden, zeugen von einer wachsenden, gesellschaftlichen Sehnsucht nach Glaube, Sinnstiftung und Transzendenz. Die Ausbreitung eines erstarkenden Islam, aber auch die Zunahme der Beliebtheit esoterischer Weltdeutungsmuster und -angebote sind ebenfalls weitere Mosaiksteinchen für ein äußerst ambivalentes religiöses Gesamtbild.

Man wird vor diesem Hintergrund sagen können, dass die sogenannte „Renaissance der Religion“ nicht automatisch die Renaissance der traditionell-konfessionellen Kirchentümer, schon gar nicht der Großkirchen in Deutschland, darstellt.

Dennoch gehören gut zwei Drittel der deutschen Bevölkerung immer noch entweder der römisch-katholischen Kirche oder den evangelischen Landeskirchen an. Im Westen Deutschlands gehören 71 Prozent der Bevölkerung einer der beiden großen Kirchen an, im Osten sind es nur noch 25 Prozent.

**D**er aktuelle „Religionsmonitor 2008“ der Bertelsmann Stiftung bilanziert den Anteil derer, die mittlerweile keiner Religionsgemeinschaft angehören mit knapp 30 %. Von den übrigen ca. 8,66 % sind 3 % Mitglieder kleinerer, christlicher oder dem Christentum nahe stehender Religionsgemeinschaften, 4 % Moslems (die drittgrößte in Deutschland vertretene Religion), 0,3 % Buddhisten, etwa 0,2 % Juden und 0,12 % Hindus. Neureligiösen Gemeinschaften und Strömungen sowie dem esoterischen Spektrum sind etwa 0,8 % der deutschen Wohnbevölkerung zuzurechnen.

Wie ist dieser Befund nun zu bewerten? – Zunächst einmal bedeuten über Zwei-Drittel großkirchliche Mitgliedschaft der Deutschen (kleinere Denominationen noch gar nicht einmal mitgerechnet) eine erstaunliche Stabilität. Bedenkt man, dass sich die christlichen Kirchen des Westens nun schon seit geraumer Zeit einer

Vielzahl der unterschiedlichsten Säkularisierungsschübe ausgesetzt sehen, zuletzt (nach der kurzzeitigen Rückbesinnung auf das christliche Erbe unserer Kultur nach dem II. Weltkrieg) in den späten 60er Jahren durch die sogenannten „68er“, dann ist diese Statistik durchaus erstaunlich.

### Politische und gesellschaftliche Herausforderungen

Gleichwohl sind natürlich auch gefährliche Erosionsprozesse sichtbar und spürbar, die sich nicht einfach in nackten Zahlen widerspiegeln. Allein schon die Pluralitäts- und Individualisierungsdynamiken innerhalb der beiden Großkirchen in Deutschland werden oft unterschätzt. Die demographische Entwicklung sieht ebenfalls nicht unbedingt verheißungsvoll aus. Die Geburtenrate ist besorgniserregend.

**E**s gibt in Deutschland auch gesamtgesellschaftlich zunehmend einen Trend nach der Devise „believing without belonging“, also ein Schwinden gesellschaftlicher, politischer wie kirchlicher Bindungskräfte. Das religiöse Bildungsniveau und sozusagen das „existentiell verfügbare“ Katechismuskwissen nimmt mehr und mehr ab. Und im Zuge der zunehmenden Erosion von Ehe und Familie (in Berlin wird jede zweite Ehe wieder geschieden) kommt es leider immer häufiger auch – quasi als Nebeneffekt – zu einem Schwund elementarer religiöser Sozialisation.

Das christliche Menschenbild ist bekanntermaßen von der grundlegenden Erkenntnis geprägt, dass der Mensch als Geschöpf und Weltwesen von Gott her stammt, von ihm in besonderer Weise ausgestattet und als Ebenbild Gottes auch in einzigartiger Weise in die Gemeinschaft mit ihm gerufen ist. Würde und Elend des Menschen „jenseits von Eden“ zielen darüber hinaus durch Kreuz und Auferstehung Christi auf die letztgültige Heilsperspektive der ungeschmälerten und vollendeten Gemeinschaft mit Gott als dem Ziel aller menschlichen Bestimmung.

Doch diese Bestimmung des Menschen aus christlicher Sicht droht, blicken wir nun einmal in unsere aktuelle Lebenswirklichkeit, mehr und mehr in Vergessenheit zu geraten. In diesem Zusammenhang sind u.a. die Worte im Berliner Gründungsauftrag der CDU von 1945 einigermassen aufschlussreich. Dort heißt es nämlich:

„*In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS aus heißer Liebe zum*



deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat. Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteuers gestürzt hat, kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur erstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen.“

Es ist bis heute beeindruckend, mit welcher Klarheit der Sprache, die Ziele christlich-demokratischer Politik hier zugleich zeitgemäß als auch programmatisch umrissen werden: In der Stunde „Null“ nämlich, inmitten der Trümmerhaufen der tiefsten moralischen und

sittlichen Erniedrigung Deutschlands, also gleichsam noch im unmittelbaren Angesicht der zerschlagenen, hässlichen Fratze, die der totalitären Wahn der Hitler-Zeit unserem Land bereitet hat, wird im Namen Gottes eine Neuanfang gesucht. Mit anderen Worten: Aus dieser in der deutschen Geschichte beispiellosen Vergötzung und Vergottung von politischer Macht kann ein neuer, hoffnungsvoller und menschenwürdiger Weg in zukünftig zur Gestaltung aufgegebenen Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit **nur** (!) dann führen, wenn man wieder dem die Ehre zu geben bereit ist, von dem her alles Leben kommt.

*Viele der aktuell in Deutschland diskutierten Themen gehören in den Bereich der auf religiösen Werten basierenden Voraussetzungen unseres Verfassungsstaates.*

Es ist dann auch kein Zufall, dass einige Jahre später die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes – aus dem gleichen Bewusstsein heraus und in noch genauso guter Erinnerung an dieselbe „Schuld und Schande“ der unmittelbar zurückliegenden Zeit – die mutigen Sätze unserer Präambel formulieren konnten:

*„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“*

Und in Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es bekanntermaßen in Bezug auf die Menschenwürde:

*„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“*

Wolfhart Pannenberg hat übrigens zu Recht darauf hingewiesen, dass bei den Diskussionen des Parlamentarischen Rates im Jahre 1949 CDU und CSU bereits die „christliche Herkunft der Behauptung einer unveräußerlichen Würde jedes einzelnen Menschen als Mensch ausdrücklich im Text des Grundgesetzes erwähnt wissen“ wollten<sup>5</sup>. Dies scheiterte schon damals an den Voten der Sozialdemokraten und der Liberalen.

**W**enn wir heute als politisch engagierte Christen auf die vielfältigen Probleme unserer Gegenwart blicken, können wir schon einmal darüber ins Erstaunen geraten, wie viel sich doch auch in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung verändert hat.

Vor kurzem wurde beispielsweise nicht nur in unserem Land, sondern auch im europäischen Kontext heftig darüber diskutiert, inwiefern der „Gottesbezug“ der künftigen europäischen Verfassung überhaupt noch eine Rolle spielen sollte.

Man muss es sich an dieser Stelle einmal deutlich machen: Es ging bei dieser Diskussion auch um nichts anderes als das ureigene Verfassungsverständnis der Bundesrepublik Deutschland, es ging um die Frage, welches Fundament und welche letzte Blickrichtung

auch eine künftige, gemeinsame Europäische Politik kennzeichnen sollte.

**S**tellvertretend für nicht wenige, formulierte damals Michel Barnier, ehemaliger EU-Kommissar und französischer Außenminister, unter dem Titel „Europas Verfassung braucht keinen Gottesbezug“, in der Financial Times Deutschland:

„Gewiss – der Hinweis auf religiöse Werte kann die Botschaft vermitteln, dass Europa mehr ist als ein bloßer Markt, nämlich eine Wertegemeinschaft. Doch zu diesen Werten zählt nicht nur das religiöse Erbe, sondern auch das kulturelle, das humanistische und geistige. Die EU aber muss eines Tages eine Weltmacht werden, und sei es nur, um den Dialog zwischen den Weltkulturen zu fördern; denn die Welt braucht ein Gleichgewicht zwischen mehreren Machtzentren.“

Und dann fuhr Barnier unmissverständlich fort: „Mir scheint, dass unsere Diskussion über christliche Werte Spaltungen nicht nur innerhalb Europas provoziert, sondern auch unseren weltweiten Einfluss schwächen könnte.“

Angesichts solcher Gedanken kann man schon einmal ins Nachdenken kommen: Was bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und nach den Erfahrungen des beispiellosen Totalitarismus der Nazi-Zeit den Vätern und Müttern noch als eindeutige Botschaft vor Augen stand, dass sie es nämlich unter gar keinen Umständen mehr zulassen wollten, im Namen irgendeiner höheren politischen Ordnung oder Macht den Namen des lebendigen und allmächtigen Gottes in Vergessenheit geraten zu lassen (und dies wohl gemerkt um der Zukunft und Freiheit von uns Menschen willen!), das wird ein gutes halbes Jahrhundert später im Namen eines neu zu befördernden „Groß-Europa“ nicht nur zur bloß bedingten, ideologischen Dispositionsmasse gestempelt, sondern gar für das Zusammenwachsen der Völker dieses zukünftigen Europas als negativ und hinderlich beurteilt!

Es ist kaum zu leugnen: So wie besagter Michel Barnier denken heutzutage bereits viele Menschen in Europa, aber leider auch in Deutschland. Und gewiss: Dies bedeutet eine große Gefahr. Denn am Beispiel des Gottesbezuges in der

Präambel der deutschen Verfassung und an Art. 1 des Grundgesetzes, der von der Unantastbarkeit der Menschenwürde handelt, wird ja deutlich, in welchem Maße – auch in säkularer Gestalt und Formulierung – Deutschland bis heute von den christlichen Überlieferungen und Traditionen lebt:

**D**er Begriff der Menschenwürde, wesentliche Prägungen des Freiheitsgedankens, die soziale und wirtschaftliche Grundordnung oder die kulturellen Errungenschaften Deutschlands sind eben nicht einfach ablösbar von dem Begründungszusammenhang, in dem sie religiös und historisch entstanden sind. Von der überwiegend (christlichen) Feiertagskultur und unserer gesamten Zeitrechnung einmal ganz zu schweigen.

Viele der aktuell in Deutschland politisch sehr intensiv und kontrovers diskutierten Themen gehören in den Bereich der auf religiösen Werten basierenden Voraussetzungen unseres modernen, freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaates. Ich nenne nur einige:

- Der bedenkliche Ruf nach „aktiver Sterbehilfe“ für vermeintlich „mensenunwürdiges“ Leben (man mache sich klar, was sich in solcher Terminologie artikuliert!) wird immer lauter und unverhohlener geäußert;
- Die Zahl der Abtreibungen und Spätabtreibungen ist besorgniserregend. Das Bewusstsein, dass es hier nicht einfach nur um vormenschliche „Zellstadien“ handelt, sondern bereits um vollgültiges und darum schützenswürdiges menschliches Leben, droht mehr und mehr zu schwinden;
- Der Unterschied zwischen dem aus gutem Grund besonders geschützten Institut der Ehe und anderen Formen der Partnerschaft oder des Zusammenlebens wird leider oft zu relativieren oder gar zu nivellieren versucht;
- Die Integration eines nicht geringen Teils von Menschen mit sogenanntem „Migrationshintergrund“ (insbesondere orientalischer Provenienz) ist bis heute nicht ausreichend gelungen. Ein vorwiegend konservativ bis unverhohlen fundamentalistisch ausgerichteter Islam wird vermehrt zur neuen Anfrage an unser kulturelles Selbstverständnis wie auch an unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung: Während einerseits „Kruzifixe“ aus den öffentlichen Räumen und Gebäuden zwangsweise und per Gerichtsbeschluss zum Verschwinden gebracht werden, fordert man auf der anderen Seite Toleranz für die muslimische Lehrerin mit Kopftuch und für den Minarettbau in

## Pressemitteilung vom 1.12.2009

### Ein klares Signal für den Sonn- und Feiertagsschutz

*Anlässlich des Urteils des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes zu den Ladenöffnungszeiten an den Sonn- und Feiertagen im Land Berlin erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:*

„Das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist ausdrücklich zu begrüßen. Die Botschaft des Karlsruher Richterspruchs ist eindeutig und von grundsätzlicher Bedeutung: Eine schleichende Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes ist mit unserer Verfassung nicht vereinbar. Damit ist auch ein klares Signal gegen die völlige Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche gesetzt. Es ist wichtig, dass der kirchen- und familienfeindlichen Politik von Rot-Rot im Land Berlin bei dieser Frage heute eine deutliche Grenze gezogen wurde – gerade in der Adventszeit.“

Auch und gerade die Adventssonntage sind vorrangig Tage für den Gottesdienstbesuch, für die Erholung von der Arbeit, für die Pflege der Gemeinschaftskultur und nicht zuletzt für die Familien. Diesen klaren Standpunkt der Kirchen wie auch der Unionsparteien hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem heutigen Urteil bestätigt.

Sonn- und Feiertage sind feste Kristallisationspunkte innerhalb unserer religiösen und kulturellen Identität. Sie sind daher auch zukünftig unverzichtbar. Als EAK gilt unser Dank dem Erzbistum Berlin und der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz für ihre erfolgreiche Initiative vor dem höchsten deutschen Gericht. Als Union und EAK der CDU/CSU werden wir uns auch weiterhin für den Schutz der christlichen Feiertagskultur gegenüber den ausufernden wirtschaftlichen Interessen in unserem Land einsetzen.“

der Schweiz. Während in praktisch allen islamischen Staaten Christen und andere religiöse Minderheiten drangsaliert, diskriminiert oder verfolgt werden, wächst in Deutschland und Europa die Zahl von Moscheebauten, die immer öfter auch die Namen muslimischer Eroberer tragen. Während nicht wenige lautstark den Abbau sogenannter staatskirchenrechtlicher „Privilegien“ fordern (es handelt sich dabei in Wahrheit um verfassungsmäßig garantierte Rechtsgüter), rasonieren

*Der Schwund an differenziertem Denken bekommt einer freiheitlichen Demokratie auf Dauer nicht gut.*

andere mittlerweile sogar schon über die Möglichkeiten einer Implementierung der islamischen Scharia ins Zivilrecht oder die öffentliche Etablierung von Feiertagen anderer Religionen;

- Christlich-religiöses Basiswissen über die Grundlagen unserer Kultur wird immer seltener in hinreichender Weise vermittelt, sowohl in den Familien, den Kindergärten und Schulen als auch bisweilen in unseren Kirchen selbst;
- Familien mit heranwachsenden Kindern drohen (auch unter dem Gesichtspunkt des Wählerpotentials) zu einer „quantité négligeable“ zu werden. Gerade aber unser Nachwuchs wird die Hauptlasten der demographischen Entwicklung zu schultern haben;
- In Zeiten der Krise, wachsender Entwurzelung und steigender Orientierungslosigkeit gewinnen radikale und extremistische Positionen auch im politischen Bereich zunehmend an Boden.

**B**ei all diesen Punkten stehen wir sicherlich vor großen politischen und gesellschaftlichen Aufgaben, die sich einer einfachen Lösungsstrategie versagen. Als erschwerend erweist sich, dass viele der heute immerhin noch halbwegs gültigen, wertebezogenen Selbstverständlichkeiten nicht einfach automatisch auch ein menschenwürdiges und humanes Morgen verbürgen werden. Auch hier gilt: Wer im Hier und Jetzt nicht weiterhin sät, wird später nicht ernten können.

All diese Problemfelder, davon bin ich fest überzeugt, können sich aber erst dann zu einer wirklich existentiellen Bedrohung für unsere Gesamtgesellschaft auswachsen, wenn wir uns ihnen nicht mit aller Kraft und Energie widmen. Deshalb müssen sie allesamt als Herausforderungen erkannt werden, denen wir uns mutig und selbstbewusst stellen sollten.

Ich denke, man kann in all diesen durchaus beunruhigenden Krisenerscheinungen auch neue Chancen erblicken, wenn man sie als das nimmt, was sie sind,

nämlich punktuelle und querschnittartige Momentaufnahmen einer äußerst ambivalenten und daher differenziert zu betrachtenden Gesamtsituation.

**H**ier liegt übrigens auch ein Schlüsselwort, für das in Kirche, Politik und Gesellschaft dieser Tage nicht oft genug geworben werden kann: Differenzierung! Der Schwund an differenzierendem Denken, die Tendenz zu einer komplexen Sachverhalte verkürzenden

„Verdächtigungs-“, bzw. „Anklage-Kultur“ sowie die notorische Orientierung an niveauloser oder oftmals ausschließ-

schließlich polarisierender Debattenkultur bekommt einer freiheitlichen Demokratie auf Dauer nicht gut. Auch das müssen wir klar erkennen: Wir benötigen eine neue komplexe Diskussionskultur. Wir benötigen eine Diskussionskultur, die sich nicht vor lauter Ehrfurcht vor der „political correctness“ schon von selbst Sprech- oder sogar Denkverbote verordnet, aber auch eine Diskussionskultur, die differenziert wahrzunehmen imstande ist, was es alles gibt, und die nicht mit dem Holzhammer oder im selbstgerechten Zorn alles platt drischt, was ihr nicht ins ideologische Schema passt. Wir brauchen eine neue Diskussionskultur des Miteinanders, die gerade im Namen eines wirklichen Miteinanders auch einmal klare Grenzen zu setzen weiß, damit die Freiheiten anderer, nicht zuletzt derer, die sich selbst nicht artikulieren können und die zu den Schwächsten gehören, hinreichend gewahrt werden. Klar ist: Die Wirklichkeit in unserer Gesellschaft ist viel bunter, reicher und vielschichtiger, als wir es selbst oft zu erkennen in der Lage sind. Hier ist gerade auch vom christlichen Menschenbild her immer ein gerütteltes Maß an Selbst- und Ideologiekritik von Nöten. Christus selbst lädt uns schließlich ein, bei der Wahrnehmung unserer politischen und gesellschaftlichen Verantwortung, diese Welt und ihre Menschen mit seinen Augen neu sehen zu lernen.

Auf der einen Seite verzeichnen wir in Deutschland ein neues Interesse an Glaubensorientierung und Religion, auf der anderen sind die Säkularisierungsschübe und gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen natürlich insbesondere an den etablierten Kirchen nicht spurlos vorüber gegangen. Neue religiöse, gesellschaftliche und politische Strömungen und Sinndeutungsanbieter treten vermehrt dazu und konkurrieren mit den traditionellen Kräften. Das bedeutet grundsätzlich immer beides zugleich: Neue existentielle Herausforderungen und auch Gefahren, aber auch neue Chancen. So ist

es heute, so war es aber in der (Kirchen-) Geschichte immer auch schon.

Ziel und Aufgabe muss es daher sein, für Christen in Kirche, Politik und Gesellschaft den krisenhaften und bedenklichen Erscheinungen mit Engagement und Tatkraft entgegenzuwirken. Altbundespräsident Richard v. Weizsäcker, übrigens selbst ein ehemaliges Bundesvorstandsmitglied des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), sagte einmal sehr schön und ermutigend:

**„E**s ist die nüchterne Einsicht, dass der Mensch irrt und schuldig wird. Wir sind nur allzu oft der Katastrophe näher als der Lösung. Nach christlichem Verständnis fügen wir hinzu: aus eigener Kraft kann der Mensch die letzte und entscheidende Entfremdung nicht aufheben. Die Entfremdung von Gott und damit von sich selbst. Aber wir sind verantwortlich für unser Leben und für unsere Welt.

Wir nehmen die Verhältnisse nicht als unveränderlich hin. Wir handeln in der Zuversicht, dass es sich lohnt, uns für die Zukunft einzusetzen. Die Nüchternheit gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß. Der Glaube gibt uns die Hoffnung, die zum Menschen führt. (...) Jeder prüfe sich selbst! Jeder finde seine Aufgabe, sich zu bekennen, sich zu engagieren und Verantwortung zu tragen (...).“<sup>6</sup>

1 S. Karl Gabriel, *Phänomene öffentlicher Religion*, in: K.Gabriel/Hans-Joachim Höhn (Hrsg.), *Religion heute – öffentlich und politisch*, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2008, S. 59.

2 Ders., *Der Glaube der Christenheit*, Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen 1958, S. 13.

3 Heinz-Horst Schrey (Hrsg.), *Glaube und Handeln – Grundprobleme evangelischer Ethik*, Carl Schünemann Verlag Bremen 1961 (2. Aufl.), S. XXI.

4 A.a.O., S. XXII.

5 Ders., *Christliche Wurzeln des Gedankens der Menschenwürde*, in: *Natur und Mensch – und die Zukunft der Schöpfung*, V&R Göttingen 2000, S.191.

6 Thomas Rachel (Hrsg.), *Hermann Ehlers, Evangelische Verantwortung gestern und heute*, EAK Berlin 2005, S. 122f.

*Leicht überarbeitete deutsche Fassung des Vortrages „Faith and Politics in Germany – a glass half full“*, St. Louis (USA), gehalten am 24. Oktober 2008 vor dem 'Center for Lutheran Theology and Public Life'.



**Christian Meißner**

ist Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU und Pastor der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg schlesische Oberlausitz (EKBO).



**Richard von Weizsäcker,**  
**Der Weg zur Einheit**  
Verlag C.H. Beck, München 2009  
ISBN 978-3-406-59287-4  
gebunden, 223 Seiten, 19,90 EUR

Altbundespräsident Dr. Richard v. Weizsäcker will mit diesem Buch kein „Geschichtsbuch“ im engeren Sinne vorlegen, sondern schildert seine persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen als Vertreter der (wie er es selbst nennt) „alten Generation“. Das Buch nimmt uns in diese ganz besondere und unverwechselbare Zeitzeugenschaft eines der bedeutendsten politischen Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts hinein und lässt uns an dessen ausgesprochen wertvollen (um nicht zu sagen: weisen!) historischen Reflexionen unmittelbar teilhaben. Gerade auch als sehr viel jüngere Leser können wir von der wie immer differenzierten, umsichtigen und wohltuend unpolemischen Sicht von Weizäckers profitieren, der den „Weg zur Einheit“ nicht bloß auf ein paar Jahrzehnte politischer Entwicklungen verkürzt, sondern dieses für uns Deutsche grundlegende Ereignis, das ihm selbst als evangelischer Christ, jahrelanger Oberbürgermeister von Berlin und Bundespräsident der Einheit „stets eine Herzenssache“ (Helmut Schmidt) gewesen ist, in den weiten Raum der deutschen und vor allem auch europäischen Gesamtgeschichte kongenial einzuordnen versteht. Im Anhang befindet sich die berühmte Rede vom 3. Oktober 1990.

Empfehlung ★★★★★



**Heinrich August Winkler,**  
**Geschichte des Westens, Band 1**  
**Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert**  
Verlag C.H. Beck, München 2009  
ISBN 978-3-406-59235-5  
Leinen, 1.343 Seiten, 38,00 EUR

Mit diesem Mammutwerk (über 1300 Seiten!) haben wir es mit der konsequenten – nun sozusagen ins Weltgeschichtliche hinein geweiteten – Fortsetzung von Winklers deutscher Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, „Der lange Weg nach Westen“ (2000), zu tun. Es gelingt dem Autor mit dieser Darstellung, die von den antiken Anfängen bis zum Anfang des Ersten Weltkrieges reicht, sowohl in den Grundzügen als auch im historisch Besonderen den für uns so schwer fassbaren Begriff des „Westens“ in profunder Weise klären zu helfen. Winkler hat recht, wenn er gleich zu Beginn die Gegenwartsrelevanz seiner historischen Darstellung herausstreicht: „Der Westen mag sich noch so sehr fragen, ob es ihn wirklich gibt: Von großen Teilen der nichtwestlichen Welt wird er als Einheit wahrgenommen, und das vor allem von denen, für die er zum Gegenstand des Hasses geworden ist.“ Dieses Phänomen historisch genetisch klären zu helfen, ist äußerst verdienstvoll!

Empfehlung ★★★★★



**Werner Lauff,**  
**Das Elterndiplom**  
**Oder: Erziehung verstehen**  
In Zusammenarbeit mit Carsten Tergast,  
Gütersloher Verlagshaus, 2010  
ISBN 978-3-579-06881-7  
gebunden, 237 Seiten, 19,95 EUR

Der emeritierte Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg, Werner Lauff, selbst Vater von sechs Kindern, legt hiermit ein Buch vor, das vielfältig anregende und neue Perspektiven für die Erziehung unserer Kinder bereithält. Konsequenter wird davon ausgegangen und auch an vielen lebensnahen Beispielen verdeutlicht, dass die Eltern auch in der heutigen arbeitsteiligen und komplexen Welt nach wie vor die wichtigsten und entscheidenden Erzieher und Bezugspersonen ihrer Kinder sind. Lauff spricht auf der einen Seite kritisch verdrängte Problemkonstellationen und Spannungsfelder in unserer heutigen, von ökonomischen Zwängen und einer fast nur noch einseitig am Zeitmanagement Kinderloser orientierten Gesellschaft an. Er macht aber auf der anderen Seite – und das ist das Kostbare an diesem Buch – vor allem dazu Mut, das Wunderbare bei der Erziehungsaufgabe neu sehen, verstehen und schätzen zu lernen: „Das Besondere des Elternseins ist nicht nur Pflicht und Arbeit, sondern auch Freude und Liebe.“ Lauff beschäftigt vor allem die Frage, wie Eltern in unserer heutigen Zeit wieder neu das Erziehen lernen können und plädiert für eine neue Elternbildung, die in die Vision einer „elterlichen Gesellschaft“ mündet.

Empfehlung ★★★★★



**Timotheos Frey,**  
**Die Christdemokratie in Westeuropa**  
**Der schmale Grat zum Erfolg**  
Nomos Verlag, Baden-Baden 2009  
ISBN 978-3-8329-4264-9  
gebunden, 201 Seiten, 38,00 EUR

Sieht man einmal von den vielen fachspezifischen Statistiken, Tabellen und Graphiken ab, die für all diejenigen, die keinen Mathematik-Leistungskurs genossen haben, schwer verdaulich sein dürften, bietet diese politikwissenschaftliche Abhandlung äußerst interessante Einblicke in das Phänomen der Christdemokratie in Westeuropa. Die Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der christdemokratischen Parteienfamilie werden herausgearbeitet, Veränderungen, Erfolge und Niederlagen werden an vielen Beispielen illustriert und analysiert. Das überraschend pointierte Fazit: „Christdemokratische Parteien müssen stärker als andere Parteien ihre Botschaft nach außen tragen, denn in vielen Sachfragen fehlen ihnen die ideologischen Grundlagen für eindeutige, vorhersehbare Positionsbezüge. Das schafft Flexibilität, stellt aber auch hohe Anforderungen an die Sensibilität der Parteieliten.“

Empfehlung ★★★★★

# Abschied von *Nicolas Basse*

Liebe Leserin, lieber Leser,  
liebe Freunde beim EAK,

das „Superwahljahr 2009“ ist sehr erfolgreich verlaufen, für die Union und für unseren EAK. Mit dem deutlichen Sieg der Union bei der letzten Bundestagswahl sind viele evangelische Kandidatinnen und Kandidaten in unser Parlament eingezogen – und das hat schließlich auch mich vor eine berufliche Entscheidung gestellt.

**Volkmar Klein MdB** hat mich wenige Tage nach dem Wahlsonntag gefragt, ob ich als Referent in seinem Bundestagsbüro mitarbeiten wolle. Ich habe mich über diese direkte Ansprache durch einen neugewählten Bundestagsabgeordneten ebenso gefreut wie über das damit verbundene Stellenangebot. Mein neuer Arbeitsvertrag ist bis zum Ende der 17. Wahlperiode befristet, und das war für mich als jungen Vater der ausschlaggebende Grund für meinen Arbeitsplatzwechsel zum 1. Januar 2010.

In den kommenden Jahren wird Volkmar Klein als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter den Kreis Siegen-Wittgenstein, die alte Heimat unseres EAK, in Berlin vertreten. Ich freue mich sehr darauf, ihn dabei als wissenschaftlicher Mitarbeiter zu unterstützen. Zudem ist Ihnen Volkmar Klein als Landesvorsitzender des EAK der CDU Nordrhein-Westfalen gut bekannt. Deshalb brauche ich mich auch nicht dauerhaft von Ihnen zu verabschieden: Ich freue mich bereits auf ein Wiedersehen mit dem EAK.

**D**ie vielen verschiedenen Aufgaben beim EAK haben mir immer viel Freude bereitet, von der Organisation unserer 46. Bundestagung in Erfurt über die redaktionelle Arbeit an der ‚Evangelischen Verantwortung‘ bis zu diversen politischen Recherchen. Mein besonderer Dank gilt unserem Bundesvorsitzenden **Thomas Rachel MdB**, für den ich mehr als drei Jahre beruflich tätig war, **Christian**



Thomas Rachel verabschiedet Nicolas Basse

**Meißner** und **Simone Handt**, mit denen ich in der EAK-Bundesgeschäftsstelle einen ebenso arbeitsreichen wie freundschaftlichen Büroalltag erlebt habe, und dem **EAK-Bundeschef**, mit dem die Zusammenarbeit immer gut und erfolgreich war.

Herzliche Grüße und  
auf ein baldiges Wiedersehen

Nicolas Basse

# *EAK-Thüringen: Tagung zum Religionsunterricht*

**A**m 7. November 2009 erinnerte der Evangelische Arbeitskreis der CDU Thüringen mit einer hochkarätig besetzten Tagung zum Religionsunterricht an den Mauerfall am 9. November vor 20 Jahren. **Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht**, zugleich stellvertretende Bundesvorsitzende des EAK, sagte in ihrer Rede: „Der Religionsunterricht gehört zu den Früchten der friedlichen Revolution. Mit der Wiedereinführung des Religionsunterrichts wurde mit dem Machtanspruch der SED tatsächlich gebrochen. Religionsunterricht ist ein elementarer Dienst am Leben junger Menschen. Denn Religionen versuchen, Antworten auf die zentralen Fragen und Probleme der Menschen zu geben. Wie kein anderes Schulfach fragt der Religionsunterricht auf der Grundlage reflektierter Tradition nach dem Ganzen und nach dem Sinn des menschlichen Lebens und der Welt. Junge Menschen kommen



v.l.n.r.: Jürgen Frank, Mike Mohring und Jens Goebel

dabei mit einer Dimension unseres Daseins in Berührung, die enormen Einfluss auf unsere Kultur hat und auf jeden Einzelnen haben kann.“

Der Landesvorsitzende des EAK Thüringen und ehemalige Kultusminister **Prof. Dr. Jens Goebel** betonte: „Ohne den 9. November wären die Veränderungen in den neuen Ländern nicht möglich gewesen. Die Öffnung der Grenzen

war die logische Konsequenz aus dem Ruf der Menschen nach Freiheit. Damit wurde der Grundstein für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, eine andere Schule und die Wiedereinführung des Religionsunterrichts gelegt.“ Heute nähmen auch Kinder aus nicht konfessionell gebundenen Elternhäusern daran teil. Der Religionsunterricht sei damit zum Erfolgsmodell in Thüringen geworden.“ In Thüringen belegten in diesem Schuljahr 59.505 von 171.590 Schülern an allgemein bildenden Schulen das Fach Religion. Das seien 35,7%. Insgesamt 47.405 Schüler besuchten den evangelischen und 12.087 den katholischen Religionsunterricht sowie 13 Schüler das Fach jüdische Religionslehre, so Goebel.

Der Leiter der Abteilung Bildung im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, **Oberkirchenrat Dr. Jürgen Frank**, sagte, Religionsunterricht sei das

uneingeschränkte Ja zu religiöser Bildung. Außerdem genieße das Fach einen hohen Beliebtheitsgrad bei den Schülern. Das hätten aktuelle Untersuchungen ergeben. „Religionsunterricht unterstützt die Schüler, ihren eigenen Weg zum Glauben zu finden. Religionsunterricht hilft auch dabei, diejenigen zu verstehen, die diesen Weg in Toleranz, Anerkennung und Respekt gegangen sind. Christliche Bildung, auch Religionsunterricht erzeugt den Glauben nicht. Aber Christliche Bildung hilft dabei, über die Welt und das

eigene Leben aus der Sicht des Glaubens nachzudenken und das Ergebnis dieses Nachdenkens auch verantworten zu können. Das macht die Bedeutung des Faches aus“, so Frank.

An der Tagung in Erfurt nahmen rund 60 Vertreter aus Politik, Kirche und Schule teil. Sie diskutierten über Anspruch und Leistung des Religionsunterrichts in den neuen Ländern. An der Podiumsdiskussion zu „Religionsunterricht in der Bewährung: Erfolge –

Widerstände – Perspektiven“ beteiligten sich die 1. Landtagsvizepräsidentin **Renate Holznagel MdL** (Mecklenburg-Vorpommern), die CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende **Prof. Dr. Johanna Wanka MdL** (Brandenburg), **Pastor Christian Meißner**, Bundesgeschäftsführer des EAK (Berlin), CDU-Landtagsfraktionsvorsitzender **Jürgen Scharf MdL** (Sachsen-Anhalt), **Thomas Colditz MdL** (Sachsen) und Kultusstaatssekretär a.D. **Kjell Eberhardt** (Thüringen).

## Vorankündigung

### „Verfolgung und Diskriminierung von Christen im 21. Jahrhundert“

47. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am 11./12. Juni 2010 in Berlin

Die EAK-Bundestagung widmet sich in diesem Jahr einem der zentralen Menschenrechtsprobleme unserer Zeit: der Benachteiligung, Diskriminierung und Verfolgung von Christen aufgrund Ihres Glaubens. Angesichts der jüngsten Anschläge auf Kirchen sowie Gläubige in aller Welt wollen wir klar und deutlich auf die Probleme von Christen in vielen Ländern dieser Erde aufmerksam machen. Wir laden Sie daher herzlich ein, zusammen mit Vertretern aus Politik und Kirche über Fragen der Religionsfreiheit im 21. Jahrhundert zu diskutieren.



Es ist uns eine große Freude, dass wir in diesem Jahr im Rahmen eines Festaktes die **Hermann-Ehlers-Medaille des EAK** an **Altbundespräsident Dr. Richard v. Weizsäcker** verleihen können.



**Martin Schindehütte**,  
Auslandsbischof der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)



**Prof. Dr. Dr. Thomas Schirmmayer**,  
Rektor am Lehrstuhl für Ethik des Martin Bucer Seminar (Bonn, Zürich)

Wir freuen uns, dass bereits zugesagt haben:



**Bundestag Chairwoman  
Dr. Angela Merkel MdB**, Parteivorsitzende der CDU Deutschlands



**Ertan Cevik**,  
Gründer und Pastor der türkischen Baptistengemeinde in Izmir

Vorab können Sie sich bereits unter folgender Kontaktadresse informieren: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU | Bundesgeschäftsstelle | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin | Telefon 030/22070-432 | Telefax 030/22070-436 | E-Mail eak@cdu.de | Internet www.eak-cducsu.de

Die Einladung und ein detailliertes Programm zur 47. EAK-Bundestagung finden Sie in der kommenden Ausgabe der Evangelischen Verantwortung.

# *EAK-Bundesgeschäftsführer beim EAK-Bonn*



v.l.n.r.: Philip Rosin, Christian Meißner, Ingo Schulze, Dr. Eva Müller-Goll, Wolfgang Semder, Elimar Schubbe, Hartmut Wiethaus

**D**er EAK-Kreisverband Bonn hatte kürzlich den Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises, **Christian Meißner**, auf dem Bonner Venusberg zu Gast. Der Kreisvorsitzende **Ingo Schulze** und dessen Vorstandsmitglieder hießen den Gast herzlich willkommen und freuten sich über den Besuch des Bundesgeschäftsführers beim Kreisverband Bonn.

Vor den anwesenden Mitgliedern, darunter auch aus den Kreisverbänden

Köln, Neuss und dem Rhein-Sieg-Kreis, referierte Christian Meißner über bundespolitische Themen aus der Sicht des EAK.

Ausgehend vom Koalitionsvertrag umriss er wichtige Themengebiete (Forschung und Bildung, Bioethik, Pflege, Ehe und Familie, Menschenrechte sowie Entwicklungspolitik) und erläuterte hierzu die Positionen des Bundes-EAK.

In der Bioethik konnte die Union dank der Verhandlungsführer, **Bundes-**

**ministerin Dr. Annette Schavan MdB** sowie des Parlamentarischen Staatssekretärs und EAK-Bundesvorsitzenden **Thomas Rachel MdB**, gegenüber der FDP das Schlimmste verhindern. Denn in der „Arbeitsgruppe Forschung“ hatte die FDP die Abschaffung des Stichtages und eine weitreichende Liberalisierung des Stammzellgesetzes gefordert.

Der EAK-Bundesgeschäftsführer machte sich insbesondere für den Erhalt der Babyklappen stark. Er betonte außerdem die Wichtigkeit des Erhalts einer gemeinsamen Grundlage unserer Gesellschaft auf der Basis christlicher Werte. In diesem Sinne setzt sich der EAK etwa für das Verbot der aktiven Sterbehilfe sowie für die hinreichende Versorgung durch Sterbehospize und für eine menschenwürdige Pflege ein.

An das Referat schloss sich eine rege Diskussion an.

(Ingo Schulze, Vorsitzender EAK-Kreisverband Bonn)

# *Patricia Romanowsky ist neue Referentin in der EAK-Bundesgeschäftsstelle*

**L**iebe Leserinnen und Leser, als Nachfolgerin von Herrn Basse habe ich bereits im Dezember 2009 meine Arbeit als Referentin in der EAK-Bundesgeschäftsstelle aufgenommen. Das Konrad-Adenauer-Haus ist mir jedoch nicht fremd, da ich hier seit 2005 neben meinem Geschichts- und Judaistikstudium als studentische Mitarbeiterin tätig war. So habe ich vor meiner Arbeit für den EAK im Team Bürgerservice der CDU-Bundesgeschäftsstelle an die Partei sowie an

Frau Dr. Merkel gerichtete E-Mails und Briefe beantwortet. Im zurückliegenden Wahlkampf habe ich zudem einen Teil des Internetbereichs übernommen und betreue seitdem die Profile der Bundeskanzlerin in verschiedenen Sozialen Netzwerken.

Es ist mir eine große Freude, dass ich gerade in einem so ereignisreichen Jahr, in dem wir unter anderem den 2. Ökumenischen Kirchentag haben, beim EAK meine Arbeit beginnen kann. Denn so stehe ich Ihnen nicht nur als



Ansprechpartnerin in Berlin zur Verfügung, sondern kann hoffentlich auch viele Freunde und Mitglieder des EAK persönlich treffen. Ich freue mich also auf spannende Begegnungen und den Gedankenaustausch mit Ihnen!

Ihre Patricia Romanowsky

# Stefan Mappus MdL bei der Landestagung des EAK-Baden-Württemberg

„Baden-Württemberg muss bei der Bekämpfung der Armut in Ländern der Dritten Welt und insbesondere Afrika eine stärkere Rolle einnehmen“, forderte der CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende und designierte Ministerpräsident des Landes, **Stefan Mappus MdL**, vor der EAK-Landestagung in Karlsruhe. Er wolle hierzu eine **Initiative von Kirchen, Wirtschaft und Politik** anregen, an der auch der EAK-Landesvorsitzende, **Hans-Michael Bender**, mit einbezogen werden soll. Die Menschlichkeit der Welt entscheide sich in Afrika, so Mappus weiter. Er forderte deshalb angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise eine Rückbesinnung auf grundlegende Werte, die in den 10 Geboten verankert seien. Der „ehrbare Kaufmann“ müsse auch in der globalisierten Weltwirtschaft die tragfähige Grundlage des wirtschaftlichen Handelns sein. Es gelte jetzt, nach dem Inkrafttreten



Der EAK-Landesvorstand Baden-Württemberg mit Stephan Mappus MdL (4.v.r.) und dem EAK-Bundesgeschäftsführer Christian Meißner (1.v.l.)

des Maßnahmenpakets des Bundes und der Länder zur Stabilisierung der Märkte Vertrauen wiederherzustellen. Der Markt dürfe kein Selbstzweck sein. Verantwortung und Haftung gehörten zusammen

und dürften nicht entkoppelt werden, so Mappus abschließend.

**E**in weiterer Höhepunkt der Landestagung war eine von **Martin W. Buchenau**, Korrespondent des Handelsblatts, moderierte Diskussionsrunde zum Thema „Markt und Moral“. **Prof. Dr. Franz Kromka**, (Universität Hohenheim), **Dipl.-Ing. Hans Nussbaum**, (Arbeitskreis Ev. Unternehmer-AEU) und **Pfarrer Siegfried Strobel**, (Akademiedirektor, Bad Herrenalb) mit. Prof. Kromka stellte heraus, dass die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft überwiegend aus christlicher Verantwortung heraus handelten. Eigenverantwortung sei die Grundlage der Überlegungen von Wilhelm Röpke, Walter Eucken und vor allem auch Ludwig Erhard gewesen. „Erfolgreiches Wirtschaften und gegenseitiges Vertrauen bedingen einander“, so der Bad Herrenalber Akademiedirektor Strobel. Es komme immer auf die handelnden Menschen an, die sich ihrer Verantwortung bewusst sein müssen. Hans Nussbaum, selbst verantwortlich für ein weltweit agierendes Unternehmen mit 1200 Mitarbeitern stellte klar, dass die gegenwärtige Krise nicht nur die Ökonomie betreffe, sondern eine Krise unserer Kultur insgesamt sei. Ein klares Wertefundament halte er für dringend nötig. In Verantwortung und mit Augenmaß müssten die drängenden Probleme der knappen Ressourcen und der Generationenverantwortung angegangen werden. Es sei ein Skandal, dass durch die Finanzkrise weltweit 200 Mio. Menschen mehr von Hunger bedroht seien als vorher.

**D**er EAK verabschiedete während des Landestages einen **Leitantrag**, der eine **neue Orientierung an Ludwig Erhards Prinzip des Maßhaltens** einfordert. Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck, Freiheit und Verantwortung, Eigennutz und Gemeinwohl bedingen einander, so der Leitantrag. Viel verlorenes Vertrauen in Wirtschaft und Politik soll in der konkreten Gestaltung der Gesellschaft, z.B. durch eine ethisch bestimmte ökonomische Bildung und Erziehung, wieder gewonnen werden.

## Pressemitteilung vom 7.12.2009

### Hilfreiche Verlängerung der Bleiberechtsregelung

*Zur Entscheidung der Innenministerkonferenz, das Bleiberecht für geduldete Ausländer in Deutschland um zwei Jahre zu verlängern, erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Thomas Rachel MdB:*

„Der Innenministerkonferenz ist mit der Entscheidung für eine Verlängerung der bestehenden Bleiberechtsregelung um zwei Jahre ein Schritt in die richtige Richtung gelungen.“

Nun bekommen Flüchtlinge, welche bisher nur eine bis Ende dieses Jahres geltende Aufenthaltsgenehmigung hatten, eine zweite Chance auf ein dauerhaftes Bleiberecht. Das Votum der Innenminister ist ein positives Signal an alle, welche sich bereits ernsthaft um eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung bemühen und gewillt sind, ihren Lebensunterhalt in Deutschland eigenständig zu sichern.

Der durch die Entscheidung gewonnene Zeitraum von weiteren zwei Jahren muss jedoch im Sinne einer abschließenden humanitären Entscheidung für langjährig geduldete Ausländer sowie für Ausnahmefälle genutzt werden. Eine Zuwanderung in die Sozialsysteme kann nur verhindert werden, wenn die betroffenen Menschen eine realistische Chance haben Arbeit zu finden. Es ist uns ein großes Anliegen, dass für Familien und Menschen, die jahrelang bei uns leben, die in die Gesellschaft gut integriert sind und deren Kinder erfolgreich ihre Schullaufbahn absolvieren, dauerhafte Lösungen gefunden werden.“



Hans-Michael Bender und die Podiumsteilnehmer

Der EAK-Landesvorsitzende Hans-Michael Bender warb abschließend für einen neu eingerichteten Notlagenfonds

für Schwangere („Kind willkommen“), den die diakonischen Werke in Baden-Württemberg auf Initiative des EAK eingerichtet haben. Der Fonds soll Frauen durch Zuschüsse für Kosten unterstützen, die im Zusammenhang mit Geburt, Versorgung und der ersten Zeit nach der Geburt entstehen. Dadurch soll eine Ermutigung stattfinden, Kindern trotz Krisen und Konflikten Leben zu ermöglichen.

Vor den Delegiertenwahlen zur Bundesversammlung des EAK sprachen Dr. Albert Käuflein für die Stadt Karlsruhe, Oberkirchenrat Gerhard Viktor, Ingo Wellenreuther MdB und der EAK-Bundesgeschäftsführer Christian Meißner Grußworte.

## Impressum

### Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

**Herausgeber** Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Christine Lieberknecht, Dieter Hackler, Hans-Michael Bender, Norbert Kartmann

**Redaktion** Patricia Romanowsky, Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,  
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducusu.de

**Konto** Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,  
Konto-Nr. 266 098 300

### Autoren

Thomas Rachel MdB  
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU  
Bundesgeschäftsstelle  
Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin

Pastor Jens Motschmann  
c/o EAK-Bundesgeschäftsstelle  
Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin

Pastor Christian Meißner  
Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU  
Bundesgeschäftsstelle  
Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin

**Druck** Druckerei Conrad  
**Gestaltungskonzeption/Realisation**  
Agentur kollundkollegen., Berlin

### Fotonachweis

S. 3-5, 15 © EAK-Bundesgeschäftsstelle; S.6 © manxman – istockphoto.com; S. 7 Jens Motschmann; S. 8 © sagaYago – istockphoto.com; S. 11 © jivz – istockphoto.com; S. 13 © Christian Meißner; S. 15 © EAK-Thüringen; S. 16 © Richard v. Weizsäcker, Dr. Angela Merkel, Martin Schindehütte, Thomas Schirmmacher und Ertan Cevik; S. 17 © EAK-Bonn, Patricia Romanowsky; S.18-19 © EAK-Baden-Württemberg

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber. Papier: 100 % chlorfrei

## Pressemitteilung vom 27.11.2009

### Erhalt von Babyklappen ist weiterhin sinnvoll

*Anlässlich der Veröffentlichung der ersten Stellungnahme des Deutschen Ethikrates zur anonymen Kindesabgabe erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:*

„Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) hält den Fortbestand von so genannten Babyklappen für sinnvoll und hilfreich. Babyklappen sind ein überaus wertvolles Hilfsangebot für Frauen in äußerster Not, die ihrer Aufgabe als Mutter zur Zeit der Geburt ihres Kindes nicht gerecht werden können, und dienen einem Kind durch fürsorgliche Inobhutnahme. Die vom Ethikrat geforderte Abschaffung der Babyklappen halten wir nicht für den richtigen Weg.

Der Ethikrat betont in seiner ersten Stellungnahme insbesondere das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner elterlichen Herkunft. Dies ist von grundlegender Bedeutung für jedes Kind. Gleichwohl darf das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung nicht zum Hindernis für den Schutz neugeborenen Lebens werden.

Im Übrigen bieten Babyklappen sehr wohl die Möglichkeit, dass die Mütter auch noch zu einem späteren Zeitpunkt Kontakt zu ihrem Kind aufnehmen und ihre Identität offenbaren können. Dies wird gerade bei kirchlicher Trägerschaft durch das Angebot seelsorgerlicher und psychosozialer Betreuung ergänzt. Dieses umfassendere Angebot von Babyklappen müsste in der Öffentlichkeit noch deutlicher dargestellt werden. Das Wissen um Babyklappen und weitergehende Hilfsangebote sollte in den Schulen und im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe verstärkt vermittelt werden.

Ausdrücklich unterstützen wir die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischöfin Dr. Margot Käßmann, in ihrem Einsatz für Babyklappen und die Einrichtungen, die diese lebensrettende Schutz- und Hilfsmaßnahme für Frauen in Not anbieten.

Der Vorschlag des Ethikrates für ein Gesetz zur vertraulichen Kindesabgabe „mit vorübergehend anonymer Meldung“ wird darüber hinaus gewissenhaft zu prüfen sein. Wir sehen darin jedoch eher eine Ergänzung als eine Alternative zum bisherigen Angebot von Babyklappen.“



*„Euer Herz erschrecke nicht! Glaubt an Gott und glaubt an mich!“ (Jahreslosung aus Joh. 14,1)*

Das Herz symbolisiert schon im Alten Israel das Innere des Menschen, das, obwohl es den Blicken der anderen Menschen verborgen ist, doch von Gott erkannt und geschaut wird. Im Gegensatz zur für uns prägend gewordenen späteren abendländischen Tradition, die im Herzen fast nur noch einseitig den Ort der Gefühle und der bloßen (irrationalen) Affektbezogenheit, insbesondere natürlich der menschlichen Liebe, erblickt, hat die Bibel ein sehr viel weiträumigeres Verständnis vom Herzen: Hier versammelt sich die Mitte der ganzen Person, einschließlich des Verstandes und der Vernunft, hier liegt gewissermaßen das Epizentrum unseres gesamten Sinnens, Trachtens und Treibens.

Deshalb hat es der christliche Glaube mit dem ganzen Menschen zu tun, mit seiner Personenmitte eben, und kann nicht – wie es immer wieder fälschlich von den älteren oder auch neueren Pseudoaufklärungen gemutmaßt wird – auf bestimmte Dimensionen, Schichten oder Teile unseres Selbst reduziert werden. Unsere Situation in dieser Welt, die viel zu oft von so vielen Sorgen, Beschwerden und ängstigenden Widerfahrnissen geprägt ist, ist Gott wohlbekannt. Er weiß, dass wir nur vom Zentrum unserer Existenz her Hoffnung, Zuversicht und Lebensmut gewinnen können. Und deshalb will er uns von unserer Lebensmitte her heil machen und stärken. Deshalb will er unser Herz immer wieder neu aufs Wesentliche lenken, nämlich den Weg, die Wahrheit und das Leben, die uns durch seinen Sohn, Jesus Christus, eröffnet und zuteil werden. Und das gilt wiederum für alle Dimensionen, Schichten und Teile unseres bruchstückhaften, zerbrechlichen und doch so kostbaren Lebens, ob nun ganz privat, in den öffentlichen Bezügen, gesellschaftlich oder politisch.

**Christian Meißner**

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

